

Saale-Zeitung.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Pfg., solche auf 60 Pfg. mit 20 Pfg. berechnet...

(Der Abdruck anderer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 Mk., bei dreimonatiger Zustellung 2,75 Mk., durch die Post 3,25 Mk., auswärts Zustellungsgebühr...

Nr. 273.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 14. Juni

1902.

Politische Wochenchau.

Der Reichstag ist bis zum 14. Oktober vertagt worden. Nachdem ihm ein glänzendes Finale befohlen war...

Als zweite bedeutungsvolle Erscheinung möchten wir die Annahme des Stichtoffgesetzes oder, anders ausgedrückt, die Erdöffnung der Sacharinindustrie...

Aber es scheint, als sei man über die letzten Niederlagen der Agrarier bei der Regierung so erschrocken gewesen, daß man sich für nötig hielt...

Das Hauptergebnis der letzten Parlamentswoche ist aber untreulich der Sieg der Linken! Und zwar ist er so offenkundig und offenkundig, daß den Gegnern kein anderes Mittel einfällt...

Situation nicht täuschen: Aus Liebe zu ihm hat die Linke dem Grafen Bülow nicht geholfen. Und für ihn selbst hätte ein dauernder Stützpunkt auf die Linke erst dann in Betracht...

Die Gerechtigkeit muß in unserm Reichstagsalter allerdings ausgehen, daß kein Auftreten in letzter Zeit energischer geworden ist. Kurz nach dem berühmten Exodus kam es zu einem scharfen Kontrast...

Es gab demnach im Reichstage zuletzt noch genug interessante Vorgänge, die, wie angebeutet, zu manchen wertvollen, wenn auch nicht ausschließlich erfreulichen Schritten führten.

Im Ausland geschah Erwähnenswertes in letzter Woche auch in parlamentarischen Leben, nachdem der Frieden in Südafrika geschlossen und die Niederlegung der Waffen durch die Buren in Ruhe und ohne Zwischenfälle vor sich geht...

bei der Mehrheit Beifall fand. Das neue Kabinett ist ein vorwiegend radikales. Souber's Traum von einem „Berührungsmittler“ hat sich also nicht erfüllt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Zur Entkennung des Königs von Sachsen wird privat aus Schloßort gemeldet: Trotz der unvollständigen Nacht wurde gestern von den Kärzern erzwungen, ob die Ueberführung nach Dresden, welche der hohe Kärzer sehr wünscht...

Aus der Sozialkommission.

Schon bei Beginn der gestrigen Sitzung der Sozialkommission erregte der Vorsitzende Abg. Petrich lebhaften Unwillen bei den liberalen Abgeordneten dadurch, daß er sich herausnahm, den Mitgliedern des Ausschusses vorzumachen, wie sie verhalten möchten...

Das schädliche Ergebnis war, daß die Zollfrage für Hofstede und Horstebde nach der Vorlage der Regierung angenommen, für Kunzebe nach einem Antrage Bachem, Münderberber, Förster-Sachjen von 50, 100, 200 Mark auf 20, 40, 60 M. herabgesetzt wurden.

Politisches.

* Die überflüssige Versicherung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky in der Schlußsitzung des Reichstags, der Bundesrat werde dem geschäftsordnungswidrigen Antrage der Zuckerrarier, wonach die Ratifikation der Brüsseler Konvention nicht früher erfolgen dürfe...

Glauben für möglich halten. Darin lag das Verstehen, und deshalb war es so ausführlich und depliziert, daß der Staatsfiskus noch obenhin es für nötig hielt, formell zu erklären, die Regierung denke nicht daran, den Reichstag zu betrogen.

Der Reichstag des Ministers v. Bülowen wird von verschiedenen Berliner Blättern der Generalmajor v. Bubbe genannt.

Das Staatsministerium hielt gestern eine Sitzung ab.

Der Reichstag, gleich bekannt, daß von Guatemala ausgehende Kündigung des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Guatemala von der Regierung von Guatemala dahin abgeändert ist, daß der Vertrag am 22. Juni außer Kraft tritt.

Parlamentarisches.

Der Abgeordnete v. Seiff (kon.) brachte im Reichstage einen Gesetzentwurf ein, der die Entschädigung von Verlesenen betrifft, die bei Rettungsversuchen verunglücken. Der Antrag enthält folgende Grundzüge: Wenn Verlesene bei Rettungsversuchen infolge polizeilicher Anweisung oder sonst beim Retten oder Bergen von Verlesenen oder Toten im Deutschen Reich oder auf deutschen Schiffen Unfall erleiden, so ist für die Folgen Schadenersatz zu leisten. Die Höhe des Schadenersatzes ist bei Verlesenen nach der Unfallversicherung, bei Rettungsversuchen nach dem wirklichen Arbeitsverdienst zu bemessen, wobei mindestens das Vielfache des ordentlichen Tageslohn gewöhnlicher Tagelöhner, höchstens jedoch 6000 M., zu gewähren. Die Entschädigung soll durch die Unfallkosten des Bundesstaates, in dem der Unfall sich ereignet, geschehen.

Leber die Vorsehung des Antwages Herold und Gen., betreffend die Einschränkung der Rechte der Regierung bei einer etwaigen Verlängerung der Ruffreier Zufertkonvention werden auch alleinstimmig Einzelentscheidungen gefasst. Die Hauptantragsteller aus dem Centrum hatten, nachdem der Antrag bereits mit dem Konservativen vereinbart war, doch Bedenken darüber geäußert, ob wohl die Reichsregierung diesem Antrage sich unterwerfen würde. Auf Anfragen westfälischer Reichstagsmitglieder sollen sie sich dann mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt haben und dort sofort auf einen so entscheidenden Widerspruch gestossen sein, daß sie gern wieder von der Sache abgerückt wären. Aber die konservativen Antragsteller ließen nicht locker. Insbesondere wird erklärt, daß Herr v. Bismarck darauf eingeworfen habe, um das einmal beschriebenen folgenden Wege nun auch weiter zu gehen. Die Centrumsantragsteller glaubten schließlich dadurch aus der Verlegenheit befreit zu werden, daß der Reichstagspräsident rechtzeitig die Geschäftsführungsbefugnis des Antrages konstatieren und damit eine weitere Diskussion ausschließen werde. Das Konzept wurde ihnen nur dadurch verweigert, daß der Abgeordnete Dr. Warth gleich bei der Generaldiskussion zur dritten Lesung der Ruffreier Konvention den Antrag Herold zur Sprache brachte und damit auch weitere Erörterungen unternommen machte.

Die bairische Kammer der Abgeordneten nahm in der gestrigen Nachtentscheidung nach energischer Beratung das gesamte Schuldenzinsgesetz mit 85 gegen 66 Stimmen an für das Gesetz stimmte das ganze Centrum sowie ein Konservativer und ein Liberale.

Deer und Miste.

Nach der Stellungnahme für die neu gegliederte ostafrikanische Befugnisorganisation bleibt weiter, wie bisher, Commandeur Generalmajor Koberscheidt; Commandeur der beiden ostafrikanischen Infanterie-Regimenter sind die Obersten Graf Schlippenbach und Freiherr Ledebur.

Preussischer Landtag.

(Bericht der „Saale-Ztg.“)

Abgeordnete.

99. Sitzung vom 13. Juni, 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. O. v. Bismarck u. a.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Ausschreibungsgesetzes zum Schlichtungs- und Fleischschlaugengesetz.

§ 1 enthält die Einführung der obligatorischen Trichinenschau für Fleisch von Schweinen und Wildschweinen in allen Fällen.

Abg. Freisen (Chr.): Er sagte sich für richtig gehalten, wenn die obligatorische Trichinenschau nicht allgemein gesetzlich geregelt, sondern je nach den sanitären Verhältnissen bestimmlie eingeführt würde.

Abg. Camp (reifevoll) führt aus, es solle annehmend die Trichinenschau den Fleischbesamern überwiesen werden. Das ist aber, namentlich in den städtischen Bezirken, ganz unthunlich. Da die anderen Bundesstaaten die obligatorische Trichinenchau nicht einführen, könne man eine Mainlinie für Trichinen einschichten zu wollen. (Geheft.)

Landwirtschaftsminister von Pöblich bittet, den § 1 anzunehmen. Bestimmte Erklärungen über die Art der Ausführung der Trichinenschau in alle Zukunft können wir natürlich jetzt noch nicht geben, denn man könne natürlich jetzt noch nicht wissen, ob nicht durch neue Erfindungen und Instrumente eine bessere Trichinenschau als jetzt möglich sei.

Abg. Güters (fr. Wg.) hält die Beschlässe der Kommission für viel zu weitgehend. In den späteren Anträgen würden bezüglich der Gemeindefachleistungen zu große Vorteile in die Waagschale der Städte hineingenommen, daß diese Bestimmungen wohlwollige Entgegenkommen in vielen Städten hervorgerufen hätten. Die ganze Materie sei zu wenig gefaßt, daß er beantrage, den Entwurf an die Kommission zurückzuziehen.

Präsident v. Wucherer will diesen Antrag sofort zur Abstimmung bringen.

Abg. Frhr. v. Gries (kon.) erhebt Widerspruch dagegen.

Nach weiterer Geschäftsbekundungsdebatte zieht Abg. Güters (fr. Wg.) seinen Antrag bis zum Schluß der Debatte zurück.

Abg. Herold (Chr.) beantragt einen Antrag, im § 1 die Worte „in allen Fällen“ zu streichen, und die Hausdickungen, deren Fleisch im eigenen Gelande verwendet wurde, von der obligatorischen Trichinenchau auszunehmen.

Abg. v. Mendel-Steinfeld (kon.) erklärt, daß seine Partei für den Antrag Herold stimmen würde.

Abg. Dr. Henold (fr.) beantragt einen Zusatz zum Antrag Herold, daß Hausdickungen nur soweit von der Trichinenchau freigesetzt sein sollen, als durch Vorschriften nicht etwas anderes bestimmt ist.

Abg. Wolf-Dierbach (nl.) erklärt, daß der Antrag Herold für die meisten seine Freunde unannehmbar sei, da er den sanitären Zweck des Gesetzes in Frage stellt.

Auf Antrag des Abg. Camp wird die Diskussion über § 1 zunächst auf § 4a ausgesetzt.

§ 4a ordnet die Freigabe für den Fleisch in Weiden an, das bereits einer Untersuchung durch approbierte Tierärzte nach dem Reichsgesetz unterlegen hat. Eine zweite Untersuchung soll nur zulässig sein, wenn der Verdacht vorliegt, daß das Fleisch befallen ist.

Abg. v. Mendel-Steinfeld (kon.) erklärt sich für den Antrag Henold zu § 1. Der § 4a solle nur dem Zweck dienen, der Fleischbeschau vorzuziehen. Er wüßte sich daher darüber,

daß dieser Antrag von der linken Seite des Hauses befaßt wird.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben wendet sich gegen die Meinung des § 4a, daß die nach § 4a vorzunehmenden Untersuchungen gebührenfrei sein sollen. Das würde den Städten große Kosten auferlegen und ebenfalls im Herendau den lebenshöflichen Widerspruch der Oberbürgermeister finden. Es empfehle sich vielmehr ein Amendement, das Gebühren nur im Betrage der Schlichtungs- und Fleischschlaugengebühren setzen.

Abg. Güters (fr. Wg.) meint, die vorgeschlagenen Amendements, die heute gestellt seien, beziehen auf das befristete, welche Unklarheit noch über die Materie herrsche. Er nehme daher jetzt seinen Antrag auf Rückverweisung an die Kommission wieder an.

Abg. Goldschmidt (fr. Wg.) befreit es, daß das Fleisch durch die Untersuchung vertheuert werde.

Minister v. Pöblich erwirbt, die Vertheuerung infolge der Untersuchungen ist doch nicht zu gering anzuschlagen. Wie würde es sich sonst erklären lassen, daß in Berlin das Fleisch 30 Pfennig im Durchschnitt pro Kilogramm theurer sei als außerhalb?

Ein Schlußantrag wird angenommen; der Antrag Güters auf Rückverweisung an die Kommission wird abgelehnt. § 1 wird darauf in der Sitzung des Antwages Herold mit dem Amendement Henold, soweit nicht durch vollständige Anordnungen etwas anderes bestimmt ist, über den Antrag Herold, das zweite Amendement Henold zum Antrag Herold, daß die Worte „gewerbemäßige Verwendung“ in „anverwandte Verwendung“ umzuwandeln will, wird abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird ohne erhebliche Debatte unverändert nach den Beschlässen der Kommission angenommen.

In dem Gesetz werden vier neue Paragraphen an dem Entwurf beantragt, durch welche die Regierung ermächtigt wird:

a) dahin zu wirken, daß die Ausschreibungsbedingungen zum Fleischschlaugengesetz, ähnlich wie es im königlichen Schreiben schon enthalten ist, insofern abgeändert werden, daß als minder wichtiges bestimmtes Schlichtungsamt nicht verwendet werden soll, sondern nach erfolgter Abholung zum menschlichen Gebräuch gelassen werden kann.

b) in der nächsten Tagung einen Gesetzentwurf zur Regelung der Schlachtviehverordnung vorzulegen.

Nach einer kurzen Begründung durch den Abg. v. Mendel-Steinfeld (kon.) werden beide Resolutionen angenommen.

Domit ist die zweite Lesung des Ausführungsgesetzes zum Schlichtungs- und Fleischschlaugengesetz beendet.

Es folgen Petitionen.

Petitionen um Gleichstellung der Sekretäre bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften mit den Sekretären bei den Behörden werden von der Kommission anet. Antrag die Kommission über Uebertragung zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Vorkühn (nl.) hält die Petitionen für bedauerlich, sieht aber von einem Antrage, da er doch aussichtslos sein würde, ab. Das Haus geht über die Petitionen zur Tagesordnung über.

Eine Petition um Auflassung der Zutrittsanweisungen beantragt die Kommission durch Uebertragung zur Tagesordnung zu erledigen.

Die Abg. Goldschmidt (fr. Wg.) und Marx (Chr.) treten für einen Theil der Wünsche der Zutrittsanweisungen ein.

Das Haus nimmt den Kommissionsantrag an.

Um 4 Uhr wird ein Antrag zur Tagesordnung abgelehnt.

Einige weitere Petitionen von nicht allgemeinem Interesse werden nach nach den Beschlässen der Kommission erledigt.

Stenograph verlag sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr.

Vizepräsident Dr. Krause schlägt als Tagesordnung vor: Dritte Lesung des Fleischschlaugengesetzes und des Fleischschlaugengesetzes, sowie Verlesenen.

Abg. Güters (fr. Wg.) erhebt Widerspruch dagegen, daß morgen schon die Beratung des Fleischschlaugengesetzes vorgenommen wird.

Da dieser Widerspruch genügend unterstützt wird, wird das Fleischschlaugengesetz von der Tagesordnung abgehellt.

Schluß 5 Uhr.

Servantens.

14. Sitzung vom 13. Juni, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bismarck u. a.

Zunächst wird das neu eingetragene Mitglied Graf v. Closen in der vorgeschriebenen Form begrüßt.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Ueber die Petition von Frau Hoffmann, namens des St. Josephs-Hospitals in Dortmund um Aufhebung der Leitung von Kindergarten und Kindertagesstätten durch katholische Ordenspersonen verbiethende gesetzlichen Bestimmungen, geht das Haus, da der Zutrittsgeweg noch nicht erschöpft ist, zur Tagesordnung über.

Die Petition des Magistrats in Celle zur Regulierung der Fähr- und ihrer Zehnt durch Thalherren wird der Regierung als Material überwiesen.

Ueber die Petition des Mühlenerbesitzer Ostmeier zu Sattersheim um Erlaß einer auf der Kronberger Mühle in Rottersheim haltenden Abgabe geht das Haus zur Tagesordnung über.

Mündliche Beratungsgesandtschaft für den Bericht der Kommission für den Etat und für Finanzangelegenheiten über die Beschlüsse der Reiter der Oberrechnungskammer für 1899 bezw. 1900. Das Haus beschließt beides die Ertheilung der Entlassung.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Regulierung der Rechte des Beamtenstandes der Rhein-Verordnungen. Die Vorlage wird ohne Debatte in der Sitzung des Abgeordnetentages angenommen.

Petitionen um den Bau einer Eisenbahn von Landsberg a. W. nach Großsen a. O. event. nach Sommerfeld, R. A., werden der Regierung als Material überwiesen.

Es folgt der mündliche Bericht der Handelskommission über die Beschlüsse der Abgeordnetentage an dem Verlagsverträge der vom Abgeordnetentage angenehmen Verlagsverträge. Die Kommission beantragt durch ihren Berichterstatter, Geh. Oberbergamtsrath Dr. Badler, die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes. Ohne Widerspruch wird dieser Vorschlag angenommen.

Der mündliche Bericht der Eisenbahnkommission über die Nachlegung der zur Errichtung von Getreidelagerhäusern bis Ende Dezember 1901 bewilligten und verordneten Beträge wird, entsprechend dem Kommissionsvorschlag, durch Kenntnissnahme für erledigt erklärt; desgleichen schließlich auch die Nachlegung über die Verwendung des zur Errichtung von Getreidelagerhäusern bis Ende Dezember 1901 bewilligten Betrages.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Mündliche Sitzung: Sonnabend. (Polenborlage, Petitionen.)

Vizepräsident Frhr. v. Mantzenell stellt mit, daß es noch ungenügend ist, in der nächsten Woche Sitzungen stattfinden werden, aber ob die Regierung auf die Ausschreibung des Fleischschlaugengesetzes verachtet, für den letzten Teil erklärt und erhält der Vizepräsident die Erlaubnis, vorhandene wichtige Gegenstände auf die Tagesordnung für morgen zu setzen, so daß morgen der Schluß der Sitzungen eintreten kann; danach wird es sich auch richten, ob die Sitzung um 11 oder 1 Uhr beginnen wird.

Schluß 8 Uhr.

Ausland.

Zum Frieden in Südafrika.

Präsident Krüger wird in Utrecht fest zu dem dazuerdem Wunsch nehmen, da seine Umgebung für sein Leben fürchtet, falls er die Secrete zurücklegen und dann noch die traurigen

Einbrüche beim Betreten seines Hauses empfangen müßte. Seine Tochter, Frau Cloff, wird bei ihm bleiben; ihr Mann dagegen kehrt zur Wiederaufnahme seiner Geschäfte nach Transvaal zurück.

So lange die militärische Situation in Südafrika anhält, müssen dorthin zurückkehrende Buren den Treueid zu London von der Hand zu lassen, nachdem sie zuvor mit die für die Abgabe des Landes eingemommen sind, auf welche sie mehrere Wochen warten müßten.

Wie aus London verlautet, werden Louis Botha und De Wet nach dem Friedensverhandeln London besuchen. Für die Genehmigung der auf der Insel St. Helena internierten Buren ist von der Regierung bereits ein Dampfer nach St. Helena beordert worden.

Bei der jetzigen Waffenstreckung der noch im Felde stehenden Buren werden sämtliche Ausländer der Ausweisungsbefehl erhalten. Man wird diesen Verlesenen eine gewisse Frist setzen, binnen welcher sie entweder auf eigene Kosten oder mit Unterstützung ihrer Familien Südafrika verlassen müssen. Gelingt dies nicht, so sollen die Verlesenen nach einer außergerichtlichen Kolonie Englands gebracht werden. Eine Hauptaufgabe dieser Ausländer nach ihrem Heimatlande auf Kosten Englands wird nicht stattfinden.

Der Deutsche Burenhilfsbund hat in seiner Sitzung am 10. Juni in Berlin beschlossen, trotz des Friedensschlusses weiter zu bestehen und sich erst auf Grund genauer, von Ort und Stelle, d. h. aus Südafrika eingeholter Informationen für die beste Verwendung seiner Gelder zu entscheiden. Er bittet alle die edlen Spender, ihr Interesse nicht erlöschen zu lassen, da die Noth fürchtbar ist, und die Aufgabe des Bundes erst dann als gelöst betrachtet werden kann, wenn in Südafrika wieder normale Verhältnisse eingetreten sind. Mit einem außerparlamentarischen Programm seiner weiteren Thätigkeit tritt der Deutsche Burenhilfsbund in der nächsten Zeit vor die Öffentlichkeit.

Gegen Zollermäßigungen des Cubanischen Zuckers.

Ein neues Hindernis gegen die Annahme der Herabsetzung des Zolles auf cubanischen Zucker ist entstanden. Der Senator Teller, der Führer der Ribbenzuckerfabrikanten, erwiderte nach der „Mag. Ztg.“ den auf Dokumente sich stützenden Beweis, daß der Gouverneur von Cuba aus Regierungsmitel 12000 Dollars an einen Exporteur bezahlt habe zur Verbreitung von Literatur über die Negrität mit Cuba, und daß auch Havemeyer, der Präsident des Zuckerzweiges, 2500 Dollars dazu hergegeben habe. Infolgedessen wird die Regierung befähigt, sie halte sich Repressalien, und der Beweis wird für erbracht erklärt, daß der Zuckertrakt hinter der Cubabil stehe.

Österreich-Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenhause beantwortete Ministerpräsident v. Szell die vom Abgeordneten Biontani am 19. April eingebrachte Interpellation, betreffend den Dreisund und verweist den Fragesteller auf die von ihm, dem Ministerpräsidenten, in der ungarischen Delegation abgegebenen Erklärungen. Auf die Frage der Interpellation, ob der defensive Charakter des Bündnisses mit dem neuen Vertrag gegeben sei, erwidert der Ministerpräsident: Der Inhalt des neuen Vertrages ist ganz gleichwertig mit dem alten. Im übrigen verweise ich auf die Besprechungen des Grafen v. Biontani, sowie die Besprechungen des Grafen v. Biontani, mit Bezug auf eine Frage Biontani's nach der Unterredung v. Szell's und des Grafen v. Biontani's. Ueber die Unterredungen sich ganz mit den großen Zwecken des Vertrages und mit seinen Gehalten, welche er, Biontani, für die verbündeten Staaten empfand, hinsichtlich des wirtschaftlichen Verhältnisses in Deutschland erklärt v. Szell: Ich kann zu meinem großen Bedauern nicht leugnen, daß dieses Verhältnis nicht so beschaffen ist, wie es wünschenswerth wäre, und daß wir das Entgegenkommen bekräftigen, das auf wir auf Grund des jetzigen Vertrages anzuwenden haben. Es bleibt uns bezüglich der Reichswehr und des Wiederanweins viel zu wünschen übrig.

Im Einlaufe des österreichischen Abgeordnetenhauses befindet sich eine Interpellation Kloss, betreffend den Marburger Trinkpilsener des deutschen Reiches. Der Interpellant fragt an, ob der Ministerpräsident geneigt sei, auf diese Reden in geeigneter Weise zu reagieren.

Italien.

Am italienischen Königsbote erwartet man in einigen Monaten wieder ein freudiges Ereignis. Das erste Kind des italienischen Königspaars war bekanntlich eine Tochter, die am 1. Juni 1901 geborene Prinzessin Yolanda. Im Interesse der italienischen Kronfolgerfrage ist dem Königsbote ein Sohn zu wünschen.

England.

Der Daily Express' erhebt sich Gibraltar, die Worte pläne die Verteilung diplomatischer Regierungen mit Maroffo, zu diesem Behufe seien fünfzig Millionen Pfund zu verstreuen und hielten Unterhandlungen mit dem dortigen Minister des Auswärtigen an. In diplomatischen Kreisen werden, daß die Türkei im Evidenznehmen mit England handle, welches dadurch seinen Vorkriegsstand gegen den französischen russischen Einfluß in Maroffo kräftigen wolle.

Rußland.

In Warschau begann vorgestern der Proceß gegen den Oberleutnant Grimm. Zu den Zeugnissen werden nur höhere Offiziere zugelassen. — Grimm ist bekanntlich der Spionage und Auslieferung militärischer Geheimnisse an außerzürliche Staaten angeklagt.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

Aus Greifswald wird gemeldet, daß dort Dr. Ferdinand Sommer, vormals ordentlicher Professor der Anatomie und Director der anatomischen Universitätsanstalt, gestorben ist. Sommer hat als akademischer Lehrer ausüschliche Verdienste nach sich gelassen.

Die Akademie für Social- und Handelswissenschaften zu Frankfurt a. M. ist in ihrem zweiten Semester im ganzen von 428 Personen besucht, unter denen sich 45 Frauen befinden. Auf die einzelnen Berufsbedingungen verteilen sich die Besucher folgendermaßen: 1. Kaufleute 213, darunter 42 Frauen; 2. Handlungsgehilfen; 3. Industrielle, 39; 4. Beamten; 5. Beamten; 6. Beamten; 7. Beamten; 8. Beamten; 9. Beamten; 10. Beamten; 11. Beamten; 12. Beamten; 13. Beamten; 14. Beamten; 15. Beamten; 16. Beamten; 17. Beamten; 18. Beamten; 19. Beamten; 20. Beamten; 21. Beamten; 22. Beamten; 23. Beamten; 24. Beamten; 25. Beamten; 26. Beamten; 27. Beamten; 28. Beamten; 29. Beamten; 30. Beamten; 31. Beamten; 32. Beamten; 33. Beamten; 34. Beamten; 35. Beamten; 36. Beamten; 37. Beamten; 38. Beamten; 39. Beamten; 40. Beamten; 41. Beamten; 42. Beamten.

